S 1 AS 116/06

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Bayern
Sozialgericht	Sozialgericht Augsburg
Sachgebiet	Grundsicherung für Arbeitsuchende
Abteilung	1
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 1 AS 116/06
Datum	21.06.2006

2. Instanz

Aktenzeichen	-
Datum	-

3. Instanz

Datum	-
-------	---

I. Die Klage gegen den Widerspruchsbescheid vom 31. Januar 2006 wird abgewiesen.

II. Außergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.

Tatbestand:

In diesem Verfahren wendet sich die Klägerin gegen ein aus ihrer Sicht unzureichendes Auskunftsschreiben.

Die Klägerin, geboren 1973, bezieht als Alleinstehende seit 01.01.2005 Arbeitslosengeld II, dabei Leistungen für Unterkunft/Heizung in Höhe von 413,66 EUR monatlich.

Im Rahmen eines weiteren Bewilligungsbescheides vom 13.12.2006 wurde die Klägerin darauf hingewiesen, dass die Kosten der Unterkunft die für den Zuständigkeitsbereich der Beklagten geltende Angemessenheitsgrenze von 335,64 EUR (für einen Alleinstehenden) überschreite. Es wurde abgefragt, ob die Bereitschaft zu einer Kostensenkung bestehe.

Mit Schreiben vom 19.12.2005 ("Informationsverlangen") beantragte die KlÄgerin die AufschlÄssung der von der Beklagten angesetzten BetrÄge, Information zum Nachweis der EigenbemÄhungen und den AnsprÄchen nach [Ä 22 Abs. 3](#) Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II).

Die Anfrage der KlÄgerin wurde mit Schreiben der Beklagten vom 10.01.2006 allgemein beantwortet. Das Schreiben war als Antwortschreiben auf ein Auskunftsersuchen ausgestaltet, enthielt nach seinem objektiven ErklÄrungsinhalt keine konkrete, die KlÄgerin betreffende Regelung, enthielt keine Rechtsmittelbelehrung.

Gegen das Schreiben legte die KlÄgerin am 27.01.2006 "Widerspruch" ein mit Darlegung, inwieweit dem Informationsverlangen nicht entsprochen worden sei. Neben den ungeklÄrten Mietobergrenzen sei zu bezweifeln, dass ausreichend zumutbare und preisgÄnstige Mietalternativen vorhanden seien. UngeklÄrt sei die Frage der MietÄberschneidung, sodass insgesamt die Umzugsaufforderung noch unter sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu ÄberprÄfen sei.

Die Beklagte verwarf den Widerspruch mit Widerspruchsbescheid vom 31.01.2006 als unzulÄssig. Beim Schreiben vom 10.01.2005 habe es sich nicht um einen Verwaltungsakt im Sinn von [Ä 31](#) Sozialgesetzbuch Zehntes Buch (SGB X) gehandelt, sodass das Widerspruchsverfahren unzulÄssig sei.

Dagegen legte die KlÄgerin am 17.02.2006 Klage zum Sozialgericht Augsburg ein.

Im Termin zur mÄndlichen Verhandlung vom 21.06.2006 beantragte die KlÄgerin die Aufhebung des Widerspruchsbescheids vom 31.01.2006.

Die Vertreterin der Beklagten beantragte im Termin die Klageabweisung.

Zur ErgÄnzung des Tatbestandes wird auf den Inhalt der Leistungsakte der Beklagten sowie der Klageakte Bezug genommen.

EntscheidungsgrÄnde:

Die zulÄssige Klage ist unbegrÄndet, da die Beklagte zutreffend den Widerspruch der KlÄgerin als unzulÄssig verworfen hat.

Vor Erhebung der Anfechtungsklage sind RechtmÄÄigkeit und ZweckmÄÄigkeit des Verwaltungsaktes in einem Vorverfahren nachzuprÄfen ([Ä 78 Abs. 1 Satz 1](#) Sozialgerichtsgesetz â SGG -).

Durch Klage kann die Aufhebung eines Verwaltungsaktes oder seine AbÄnderung sowie die Verurteilung zum Erlass eines abgelehnten oder unterlassenen Verwaltungsaktes begehrt werden. Der KlÄger ist beschwert, wenn der Verwaltungsakt oder die Ablehnung oder Unterlassung eines Verwaltungsaktes rechtswidrig ist ([Ä 54 Abs. 1, 2 SGG](#)).

Verwaltungsakt ist jede Verfügung, Entscheidung oder andere hoheitliche Maßnahme, die eine Behörde zur Regelung eines Einzelfalls auf dem Gebiet des öffentlichen Rechtes trifft ([§ 31 Satz 1 SGB X](#)). Ein allgemeiner Auskunftsanspruch besteht nur nach Maßgabe des [§ 15](#) Sozialgesetzbuch Erstes Buch (SGB I) und richtet sich nur gegen Auskunftsstellen mit der Maßgabe der in [§ 15 SGB I](#) geregelten Auskunfts Inhalte.

Eine als unbefriedigend empfundene schriftliche Auskunft, die keine Regelung im Sinn eines Verwaltungsaktes nach [§ 31 SGB X](#) zum Inhalt hat, kann nach dem Klagesystem des Sozialgerichtsgesetzes nicht einer "gerichtlichen Kontrolle" zugeführt werden.

Aus einer fehlerhaften Auskunft/Beratung können sich allenfalls Ansprüche nach dem von der Rechtsprechung entwickelten sog. sozialen Herstellungsanspruch ergeben. Gegebenenfalls können bei unvollständiger Information über sog. Obliegenheiten von einem Leistungsträger keine den Antragsteller belastende Konsequenzen aus einem etwaigen Verstoß gegen (dem Antragsteller unbekannt) Obliegenheiten abgeleitet werden.

Erst wenn die Beklagte z.B. die konkrete Absenkung der Leistung ab einem bestimmten Zeitpunkt durch einen Verwaltungsakt regelt, kann die Rechtmäßigkeit dieses Verwaltungsaktes im Widerspruchs- und Klageverfahren überprüft werden.

Die Beklagte hat somit insgesamt zutreffend den Widerspruch als unzulässig verworfen.

Die Kostenentscheidung beruht auf [§ 193](#) des Sozialgerichtsgesetzes.

Erstellt am: 29.06.2006

Zuletzt verändert am: 23.12.2024